

## II. Mehr Demokratie in Baden-Württemberg

**Eine Ergänzung unserer parlamentarischen Demokratie durch Volksabstimmungen halten wir für eine Grundvoraussetzung für eine bessere Politik. Ein höheres Maß an Demokratie ist möglich!**

Die WASG tritt für einen deutlichen Ausbau von Volks- und Bürgerentscheiden ein. Rot-Grün hat trotz verbaler Ankündigungen die Möglichkeiten für Volksabstimmungen und direkte Demokratie nicht erweitert. So konnten z.B. die Franzosen und die Holländer über die EU-Verfassung abstimmen, die Deutschen jedoch nicht. Mit der Wahl einer Partei hat der Wähler/die Wählerin ja nicht automatisch gesagt, dass er/sie mit allen Entscheidungen dieser Partei einverstanden ist. Breite Bevölkerungsschichten haben in wichtigen Fragen häufig andere Ansichten als ihre gewählten Vertreter/innen (Atomkraft, Einsatz der Bundeswehr in anderen Ländern usw.). Es ist nicht selten, dass in der Bevölkerung großer Sachverstand über wichtige Themen vorhanden ist. So wurden z.B. von vielen Gemeinderäten riskante Cross-Border-Leasing-Geschäfte (Leasing von öffentlichen Anlagen und Einrichtungen an amerikanische Investmentgesellschaften) abgeschlossen, die zu Millionenverlusten führen können. Im Nachhinein wurden die Kritiker meist bestätigt. Die Verträge waren i.d.R. über 1000 Seiten lang und in Englisch geschrieben. Bürgerinitiativen hatten sich meist mehr Kompetenz angeeignet als ihre Vertreter/innen in den Gemeinderäten. Die WASG tritt auf jeder politischen Ebene (Bund, Land, Kreis und Gemeinde) für den Ausbau der direkten Demokratie, für die Erleichterung von Volks- und Bürgerentscheiden bzw. Bürgerbegehren ein.

Wir wollen, dass die Bürger/innen in Baden-Württemberg die Möglichkeit haben, auf wichtige Sachfragen direkten Einfluss zu nehmen. Zusätzlich zu den Wahlen sollen die Einwohner/innen über Sachfragen in der Stadt, der Gemeinde und in den Landkreisen direkt abstimmen können. Deshalb will die WASG, dass die Möglichkeiten für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erheblich verbessert und die Hürden dafür deutlich gesenkt werden.

Die Landesregierung bescherte mit ihrer Reform vom Sommer 2005 den Bürger/innen eine Mogelpackung. Zwar werden mehr Themen zu Bürgerentscheiden zugelassen, die Frist für Bürgerbegehren von vier auf sechs Wochen verlängert und das Abstimmungsquorum von 30 auf 25 % geringfügig gesenkt, gleichzeitig werden aber Bürgerentscheide über Bebauungspläne gänzlich verboten. In Landkreisen ist nach wie vor kein Bürgerentscheid möglich. Aber viele Krankenhäuser, die privatisiert werden, oder die Müllabfuhr werden von den Landkreisen betrieben.

Die WASG fordert:

- § Bürgerentscheide und Bürgerbegehren auch bei Bauleitplänen und Kommunalabgaben
- § Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch in Landkreisen
- § Die Senkung des Zustimmungsquorums auf 10-20 % je nach Größe der Städte und Gemeinden
- § Wegfall der Fristen bei Bürgerbegehren
- § Unterschriftenquorum für Bürgerbegehren von 7 %
- § Auskunftsrecht und Gleichstellung bei der Information der Öffentlichkeit
- § Flexible Fristen für den Bürgerentscheid von mindestens drei Monaten nach Feststellung der Zulässigkeit

Im Wesentlichen entsprechen diese Forderungen der Gesetzeslage in Bayern.

## **Lobbyismus und Korruption untergraben die Demokratie**

Mit Lobbyismus nimmt die Wirtschaft Einfluss auf die Politik, und einzelne Unternehmen versuchen mit Korruption geschäftliche Vorteile zu erzielen. Dies verstärkt die Politikverdrossenheit der Bevölkerung und beeinträchtigt das Ansehen der Politiker. Um dem entgegenzutreten, wird die WASG die Vorschläge von Transparency Deutschland aufgreifen. So wollen wir z.B. die in Korruptionsfälle verwickelten Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausschließen. Außerdem wollen wir die Offenlegung der Nebentätigkeiten der Abgeordneten - und wir wollen eine Karenzzeit für den Wechsel von Politikern in die Wirtschaft.

Die WASG sieht die Demokratie durch die permanente Einflussnahme der Wirtschaft gefährdet und fordert eine deutliche Einschränkung. Politik und Gesetzgebung dürfen nicht mehr vorrangig von der Wirtschaft ausgehen und sollen nicht allein wirtschaftliche Interessen, sondern vor allem die Interessen des Volkes berücksichtigen. Den Sachverstand der Wirtschaft wollen wir dabei nicht ausschließen, doch muss dabei das Zusammenspiel zwischen Politik und Wirtschaft transparent und damit kontrollierbar werden. Dafür wollen wir uns im Landtag von Baden-Württemberg stark machen und fordern die Einführung einer Kommission zur Ausarbeitung entsprechender Vorschläge unter Einbeziehung der außerparlamentarischen Opposition. \_